

Braunschweig und die verzögerte Gründung des Landes Niedersachsen

Von der Vorabstimmung über die Brüningschen Denkschriften und den Gau Ostfalen bis zur Selbstauflösung des Landtags

von Ulrich Menzel

Die Braunschweiger Reaktionen auf die von der Deutsch-Hannoverschen Partei für den 18. 5. 1924 angestrebte Vorabstimmung über die Abtrennung der Provinz Hannover von Preußen lassen sich, soweit man die Braunschweiger Tageszeitungen, nämlich die Landeszeitung (überparteilich), den Volksfreund (SPD), die Neuesten Nachrichten (DNVP) und den Allgemeinen Anzeiger (DVP), vom Mai 1924 heranzieht, in drei Punkten zusammenfassen: (1) Nichtbeachtung; (2) die preußischen Gegenstimmen und deren Gegenargumente zur Vorabstimmung zu Wort kommen lassen;¹ (3) sich über das Vorhaben lustig machen², indem z. B. darüber spekuliert wurde, ob es anschließend zu einem Pakt von Hannover und England kommen werde³ oder ob das neue Land auch eine eigene Währung bekomme.⁴ Für Beruhigung in Braunschweig gesorgt hatte die wenige Tage zuvor abgehaltene Reichstagswahl vom 5.5.1924, bei der die Deutsch Hannoversche Partei nur 318.451 Stimmen bzw. fünf Mandate im Reichstag erhalten hatte und damit weit unter dem für den Erfolg der Vorabstimmung notwendigen Quorum von einem Drittel der Wahlberechtigten in der Provinz Hannover geblieben war, wie die Presse triumphierend vermeldete.⁵

Tatsächlich hatten zwei Wochen später am 18. Mai in der Provinz Hannover nur 439.562 bzw. 24,9 Prozent der Stimmberechtigten mit „ja“ gestimmt. Notwendig gewesen wären aber mindestens 589.600, um die eigentliche Abstimmung zu ermöglichen.⁶ Für das Scheitern der Vorabstimmung wurde von Deutsch-hannoverscher

¹ Z.B. Gegen die Abstimmung in Hannover. Kundgebung preußischer Minister in Hannover In: Neueste Nachrichten vom 8.5.1924; Der Kronprinz und die Deutsch-Hannoversche Frage. In: Neueste Nachrichten vom 15.5.1924.

² Vom Handschuh an der Leine. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 21.5.1924

³ Zur hannoverschen Abstimmung. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 17.5.1924.

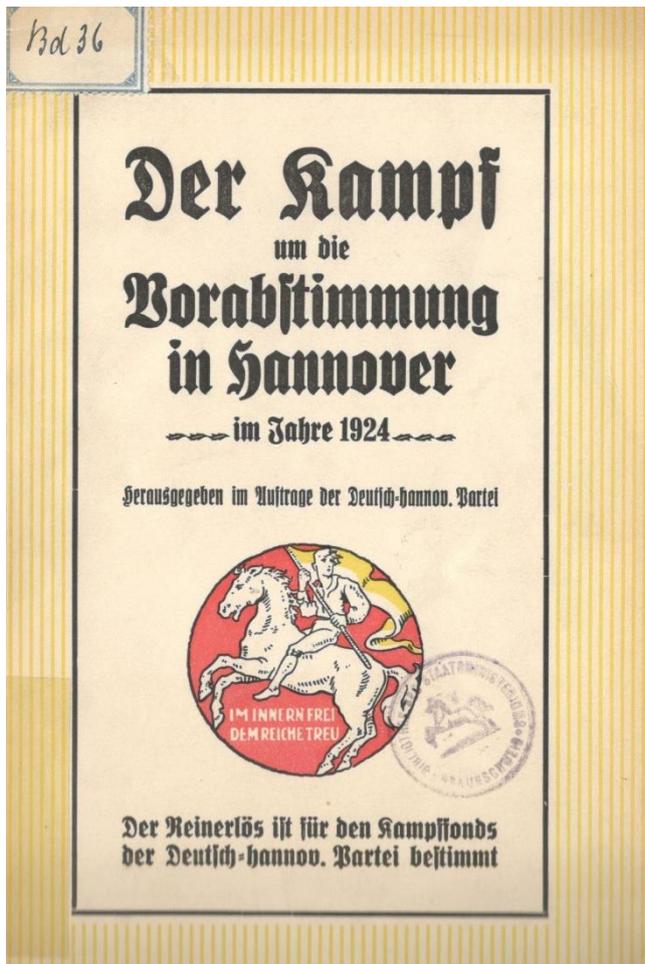
⁴ Zur Abstimmung in Hannover. Ist eine hannoversche Währung möglich? In: Neueste Nachrichten vom 15.5.1924.

⁵ Das amtliche Wahlergebnis. In: Neueste Nachrichten vom 8.5.1924.

⁶ Die Abstimmung der Niedersachsen. Das erforderliche Drittel Ja-Stimmen ist nicht erreicht. Die Beteiligung an der Abstimmung war sehr gering. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 20.5.1924.

Seite vor allem der Druck der Preußischen Behörden und namentlich des Oberpräsidenten der Provinz Hannover und ehemaligen Reichswehrministers, Gustav Noske (SPD), verantwortlich gemacht.⁷

Abb. 1: Broschüre der Deutsch-Hannoverschen Partei nach der verlorenen Vorabstimmung



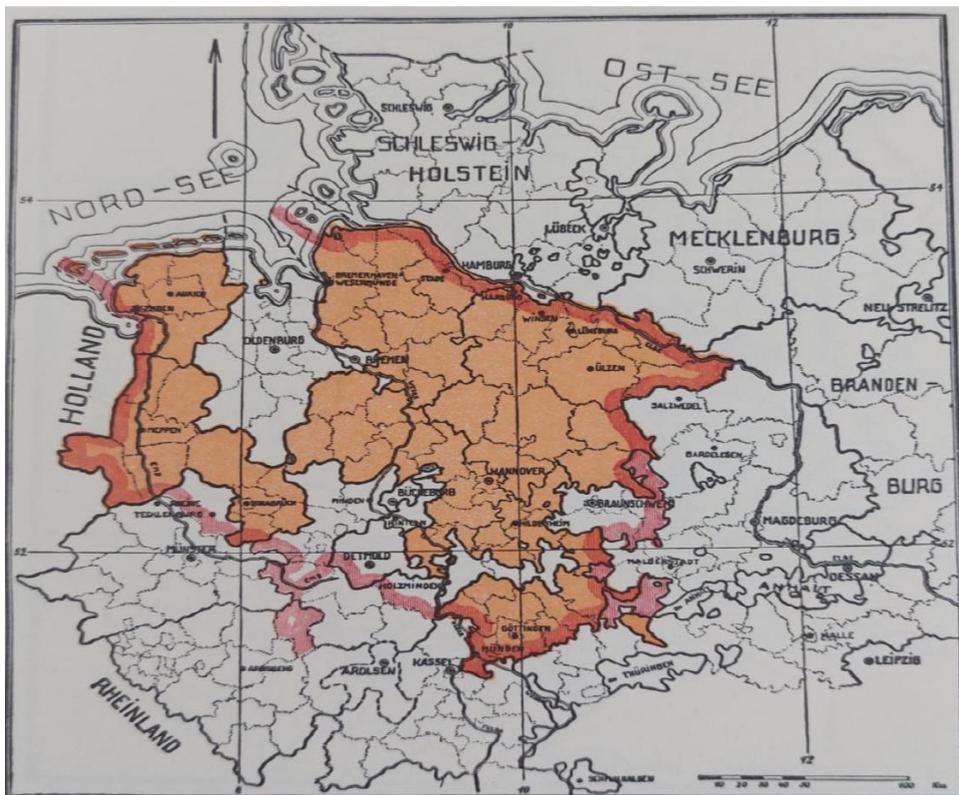
Der Vollständigkeit halber muss erwähnt werden, dass der braunschweigische Ableger der Welfenpartei, die Braunschweigisch-Niedersächsische Partei, in Form ihrer Ortsgruppe Braunschweig im Anschluss an die Vorabstimmung eine EntschlieÙung verabschiedete, in der sie ihre Solidarität mit den Verlierern zum Ausdruck brachte: „Das treue hannoversche Volk, seit dem Jahre 1866 in einem ihm aufgenötigten Kampfe gegen die völkerrechtswidrige, brutale Gewaltpolitik des preußischen Staates stehend, ist am 18. Mai, als es auf dem im Artikel 18 der Reichsverfassung

⁷ Vgl. dazu die nach der gescheiterten Vorabstimmung erschienene Broschüre „Der Kampf um die Vorabstimmung in Hannover im Jahre 1924. Herausgegeben im Auftrage der Deutsch-hannov. Partei. Hannover 1924.

gewiesenen Wege sich die Freiheit erkämpfen wollte, der Uebermacht der Gegner unterlegen. Wenn je, so gilt für diesen Kampf 'Viel Feind, viel Ehr!' Die Ortsgruppe Braunschweig der Braunschweigisch-Niedersächsischen Partei spricht den hannoverschen Stammesbrüdern, die in vorbildlicher Weise dem Stammesrecht bis heute die Treue gehalten haben, die herzlichste Sympathie aus."⁸ Die Partei der braunschweigischen Welfen spielte im Freistaat allerdings nur eine marginale Rolle, war nicht im Landtag vertreten und fand in den Braunschweiger Zeitungen im fraglichen Zeitraum des Mai 1924 auch keinen Widerhall.

Dennoch waren, wenn auch von der Presse nur am Rande thematisiert, Befürchtungen geweckt worden, dass bei einem Erfolg der Vorabstimmung ein anderes Thema auf die Tagesordnung gerückt wäre, welches die Selbständigkeit des Freistaats Braunschweig ganz existentiell betraf.⁹ Die Provinz Hannover war zwar viel größer als Braunschweig, aber kein territorial konsolidiertes Gebiet, sondern ein ähnlicher Flickenteppich wie der Freistaat.

Abb. 2: Karte der Provinz Hannover 1929



⁸ Ebd. S. 62.

⁹ Um den „Bundesstaat Niedersachsen“. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 9.5.1924.

Quelle: Brüning 1929, Karte 3 nach S. 12.

Der westliche Teil der Provinz, das katholische Emsland und das reformierte Ostfriesland, waren durch den Freistaat Oldenburg, der von Norden wie ein Keil in die ansonsten lutherisch geprägte Provinz hereinragte, vom Kerngebiet abgetrennt. Das gleiche galt für einen Teil der Preußischen Provinz Westfalen, die Region um Minden an der Porta Westfalica, und die beiden Lippe, nämlich das kleine Lippe-Detmold und das noch kleinere Schaumburg Lippe, die von Süden in die Provinz hereinragten. Deshalb verband nur eine Landbrücke von wenigen Kilometern die westlichen und östlichen Teile der Provinz. Ferner wurde ihr südlicher Teil, das Gebiet um Göttingen, durch die beiden braunschweigischen Landkreise Holzminden und Gandersheim, die sich vom Ufer der Weser bis an den Rand des Harzes erstreckten, vom Kerngebiet abgetrennt und besaß nur über den Landkreis Goslar eine Landverbindung.

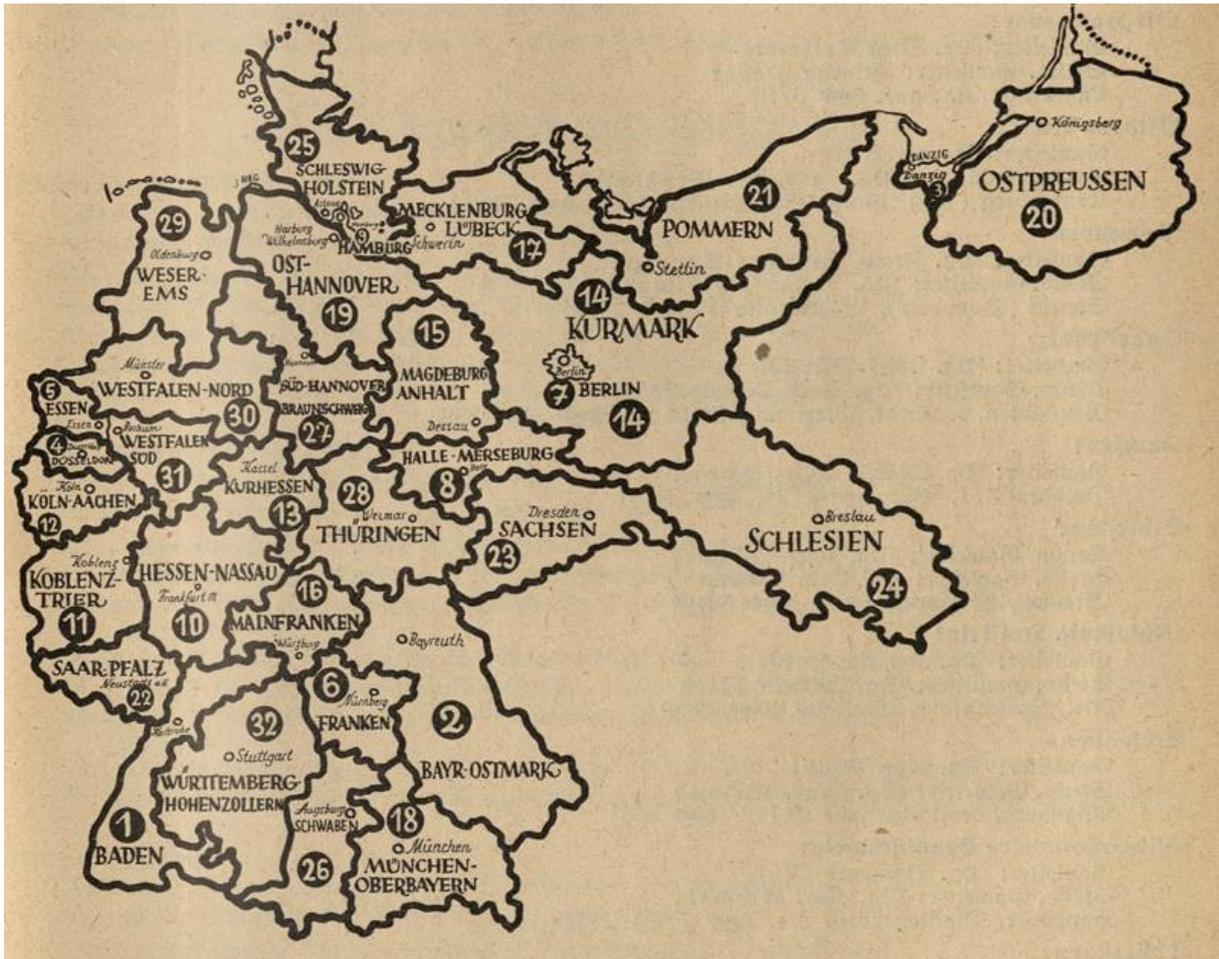
Wenn also die Initiative zur Abtrennung der Provinz Hannover Erfolg gehabt hätte, dann wäre es im nächsten Schritt unweigerlich um die territoriale Konsolidierung eines neuen Landes Niedersachsen gegangen und damit um die Frage, welche Gebiete denn alles dazu gehörten. Ein bloßer Blick auf die Karte der Provinz genügte, um zu erkennen, dass mindestens neben Oldenburg, den beiden Lippe, Bremen mit Bremerhaven selbstverständlich auch Braunschweig gemeint war. Vorläufig beruhigt haben dürfte die auf die Selbständigkeit des Freistaats bedachten Braunschweiger Gemüter der Umstand, dass der § 18 der Weimarer Verfassung, der die mögliche Veränderung der Binnengliederung des Reiches vorsah, nur ein einziges Mal erfolgreich in Anspruch genommen worden war – nämlich 1920 bei der Gründung des Landes Thüringen durch den Zusammenschluss der sechs sächsisch-thüringischen Kleinstaaten, dem sich nur Sachsen-Coburg, das für Bayern votiert hatte, nicht anschließen mochte. Alle anderen Anläufe zuvor oder später, so die Abtrennung Oberschlesiens von Preußen, der Anschluss von Schaumburg-Lippe an Preußen oder der Anschluss von Altona an Hamburg, waren gescheitert.

Lediglich bezüglich des Wahlgesetzes war es zu einer Neugliederung des Reiches in 35 annähernd gleichgroße Reichstagswahlkreise gekommen, die ggf. die Ländergrenzen ignorierten und jeweils mehrere Abgeordnete in den Reichstag entsandten. Im Schnitt sollten jeweils 150.000 Einwohner durch einen Abgeordneten vertreten sein. Auf dem Gebiet des heutigen Niedersachsens lagen der Wahlkreis 15

(Osthannover) mit den Regierungsbezirken Lüneburg und Stade und der Wahlkreis 16 (Südhanover-Braunschweig) mit den Regierungsbezirken Hannover und Hildesheim sowie dem Freistaat Braunschweig.

Diese Gliederung wurde von der NSDAP 1928 nachvollzogen, als sie aus organisatorischen Gründen ihre Parteigau den Wahlkreisen anpasste. Aus dem Gau Lüneburg-Stade wurde der Gau Nr. 19 Osthannover mit dem Gauleiter Otto Telschow in Lüneburg. Aus dem Zusammenschluss der Gaue Hannover-Nord-Bremen und Hannover-Süd entstand der Gau Nr. 27 Südhanover-Braunschweig mit dem Gauleiter Bernhard Rust in Hannover. Diese wahltaktische Reorganisation sollte nach der „Machtergreifung“ Ende Januar 1933 im Hinblick auf die Neugliederung des Reiches insofern eine Eigendynamik entfalten, als über die schrittweise „Gleichschaltung“ von Partei und Staat die von der Münchener Parteizentrale favorisierte Idee im Raum stand, die Parteigau mit den neu zu bildenden Provinzen zu verschmelzen. Wir werden darauf zurückkommen.

Abb. 3: Parteigau der NSDAP seit 1928



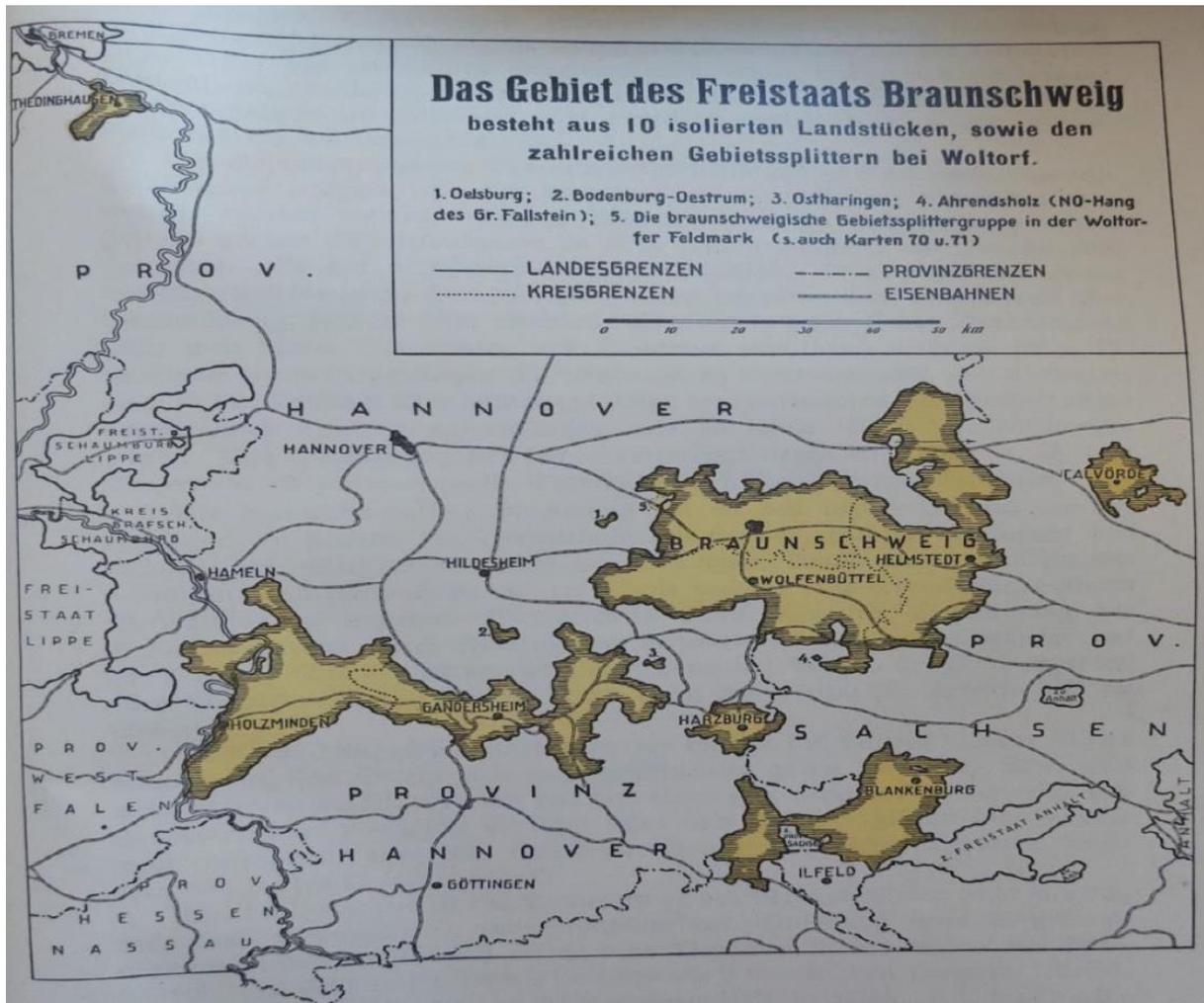
Quelle: Bayerische Staatsbibliothek, U 67.4029.

Erst knapp vier Jahre später wurde das Thema wieder aktuell. Auf einer Reich-Länder-Konferenz Anfang 1928¹⁰, die sich der Frage widmete, wie die überragende Dominanz Preußens gegenüber den noch 16 anderen Ländern gebrochen und die in Mittel- und Norddeutschland so ausgeprägte kleinstaatliche Zersplitterung mit ihren vielen Ex- und Enklaven überwunden werden könne, wurde unter Teilnahme des Braunschweigischen Ministerpräsidenten Jasper (SPD) gegen den föderalistischen Widerstand Bayerns der Grundsatzbeschluss gefasst, dass Preußen zugunsten seiner Provinzen aufgelöst wird, dass die von preußischen Provinzen umgebenen Kleinstaaten in ihnen aufgehen, dass Bayern auf seinen altbayerischen Kern reduziert wird und dass die mittelgroßen süddeutschen Länder erhalten bleiben. So wäre das Reich in annähernd gleichgroße Länder unterteilt worden.¹¹

¹⁰ Helmut Nicolai, Reichsreform und Länderkonferenz. Die Beratungen und Beschlüsse der Länderkonferenz und ihrer Ausschüsse. Berlin 1930.

¹¹ Zu den Details wie zu dem gesamten Kontext des Themas vgl. Ulrich Menzel, Die Steigbügelhalter und ihr Lohn. Hitlers Einbürgerung in Braunschweig als Weichenstellung auf dem Weg zur Macht und die Modernisierung des Braunschweiger Landes. Braunschweig 2020, hier besonders S. 307ff.

Abb. 4: Karte des Freistaats Braunschweig



Quelle: Brüning 1931, nach S. 274.

Im Freistaat Braunschweig war der Widerstand gegen den Beschluss trotz der Teilnahme von Jasper besonders groß, da dessen Umsetzung nicht nur den Verlust der Eigenstaatlichkeit, sondern womöglich auch die Aufteilung auf zwei neue Länder bedeutete hätte. Obwohl zu den kleinen Ländern des Reiches gehörend bestand dessen Territorium nämlich neben dem Kerngebiet um die Landeshauptstadt mit 1819 qkm aus neun isolierten Landesteilen von mittlerer Größe, nämlich den zusammenhängenden Landkreisen Holzminden und Gandersheim sowie Blankenburg, ferner aus kleineren Gebieten wie Calvörde, Bad Harzburg und dem am weitesten vom Kerngebiet entfernten Thedighausen vor den Toren von Bremen mit nur 57 qkm sowie den winzigen, nur ein bis zwei Dörfer umfassenden, Ölsburg, Bodenburg-Oestrum, Ostharingen und Ahrendsholz. Umgekehrt waren manche Landesteile von preußischen

und sogar anhaltinischen Enklaven durchsetzt. Auch unabhängig von der Frage der Reichsreform wäre hier eine territoriale Konsolidierung, etwa durch einen Gebiets-tausch, dringend geboten gewesen. Noch fataler war der Umstand, dass die Braunschweigischen Territorien an zwei Preußische Provinzen angrenzten bzw. von ihnen umgeben waren – nämlich im Westen von der Provinz Hannover und im Osten von der Provinz Sachsen. Blankenburg hatte außerdem eine gemeinsame Grenze mit dem genauso kleinen und zersplitterten Freistaat Anhalt. Eine konsequente Umsetzung des Beschlusses wäre demnach auf die Aufteilung Braunschweigs auf zwei Provinzen, des Kerngebiets und der westlichen Exklaven auf Hannover und der östlichen Exklaven Calvörde und Blankenburg auf Sachsen, hinausgelaufen. Also ging es gleich um mehrere Fragen: Vermag Braunschweig seine Unabhängigkeit zu bewahren? Gehört es zu Niedersachsen oder zu Mitteldeutschland und soll es demzufolge in Hannover oder in Sachsen aufgehen? Wird es schlimmstenfalls womöglich auf zwei Provinzen verteilt?

Im Zuge der Weltwirtschaftskrise, die das notorisch finanziell angespannte Land aufgrund der schwindenden Steuereinnahmen vor das Problem stellte, seine staatlichen Aufgaben überhaupt noch im notwendigen Umfang wahrnehmen zu können, wurde diskutiert, ob man sich freiwillig an Preußen anschließen sollte. So war man z.B. unbedingt auf dessen Polizeikostenzuschuss angewiesen, um die Schutzpolizei von 600 Man unterhalten zu können. Die Preußische Polizei verfügte, nur zum Vergleich, über etwa 50.000 Mann. Eine diesbezüglich Initiative im Landtag stieß aber auf den strikten Widerstand der NSDAP, die so eine wichtige Machtposition verloren hätte, war sie doch seit der vorgezogenen Landtagswahl von 1930, die aus Kostengründen mit der turnusmäßig anstehenden Reichstagswahl zusammengelegt worden war, als Juniorpartner in einer Koalition mit der Bürgerlichen Einheitsliste an der Regierung beteiligt und stellte darin in der Person von Dietrich Klagges den Innen- und den Volksbildungsminister. Wenn also die NSDAP in Preußen mit einem Aufmarschverbot belegt wurde, konnte sie innerhalb der Grenzen des ParteigausSüdhanover-Braunschweig auf den braunschweigischen Teil ausweichen, wo nicht der preußische, sondern der braunschweigische Innenminister das Sagen hatte. So geschehen beim Aufmarsch der Harzburger Front in Bad Harzburg oder der 100.000 SA-Männer im Zuge der „Hitler-Tage“ eine Woche später in der Stadt Braunschweig, um dessen Führungsanspruch in der Harzburger Front zu demonstrieren.

Die Neugliederungsdebatte kam in Braunschweig allerdings erst so richtig in Fahrt, nachdem der Provinziallandtag der Provinz Hannover, in dem die SPD mit 32,9 Prozent und 37 von 112 Abgeordneten die stärkste Fraktion stellte, in Reaktion auf die Beschlüsse der Reich-Länder-Konferenz am 22.3.1928 auf Antrag der Abgeordneten Delius, Reißmüller, Hagemann, Schweigmann, Bratke und Kleine einstimmig folgenden Beschluss gefasst hatte: „Das Landesdirektorium wird ersucht, zum nächsten Etat Material darüber beizubringen, welche wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Schwierigkeiten unter Berücksichtigung der besonderen örtlichen Verhältnisse für das niedersächsische Wirtschaftsgebiet durch das Vorhandensein der Ländergrenzen bestehen. Es ist ferner zu prüfen, in welcher Weise die Folgen der staatlichen Zerrissenheit des niedersächsischen Wirtschaftsgebiets beseitigt werden können.“¹² Dies war der landesplanerische Auftrag an das Direktorium, der explizit auch auf die Aufhebung der „staatlichen Zerrissenheit“ abzielte. In einem weiteren Beschluss hieß es: „Die Mitglieder des Reichs- und des Staatsrats, die vom Provinziallandtage gewählt sind, werden ersucht, im Interesse einer Neugliederung des Reichs mit dem Ziel der Vereinfachung der Verwaltung zu wirken.“ Dies war der politische Auftrag, die Vorschläge umzusetzen.

Als die Hannöverschen Aktivitäten in Braunschweig publik wurden, formierte sich dort der Widerstand und gipfelte am 5.4.1929 in der Gründung eines „Schutz- und Trutzbund für Braunschweig auf überparteilicher Grundlage“, der von dem Justizrat und Referatsleiter im Justizministerium, Herman Dedekind, als Geschäftsführer organisiert wurde. Die Generallinie des Bundes orientierte sich an folgender Priorisierung: (1) Braunschweig bleibt als selbständiges Land erhalten. (2) Wenn es zu einer Neugliederung des Reichs kommt, dann gehört es insgesamt zu Niedersachsen, dessen Ostgrenze soweit verschoben werden muss, dass auch die östlichen Exklaven dazu gehören. (3) Eine Aufteilung auf zwei Länder oder gar der komplette Anschluss an eine Provinz Sachsen bzw. Mitteldeutschland ist unbedingt zu verhindern.

Die Befürchtungen sollten sich rasch bestätigen. Resultat des Beschlusses des Provinziallandtags war nämlich die im Auftrag des Landesdirektorium der Provinz Hannover von dem Geographen und Landesplaner Kurt Brüning erarbeitete und im März 1929 vorgelegte Denkschrift „Niedersachsen im Rahmen der Neugliederung des

¹² Zitiert aus der Einleitung zu der Denkschrift von Kurt Brüning, Niedersachsen im Rahmen der Neugliederung des Reiches. Hannover 1929, S. 2.

Reiches“, der 1931 ein zweiter Band mit „Beispielen über Auswirkungen der Ländergrenzen auf Verwaltung und Wirtschaft“ folgte.¹³ Pikant war, dass Brüning als unbedingter Befürworter der Reform und Vertreter der hannöverschen Position beim Erscheinen des ersten Bandes noch Privatdozent der Geographie an der TH Hannover, beim Erscheinen des zweiten Bandes aber a.o. Professor der Geographie und Wirtschaftsgeographie an der TH Braunschweig war.

Abb. 5: Brüning und seine Denkschriften



Quelle: Portrait Brüning Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig, Signatur: Por-Brüning01.

Während die erste Denkschrift sich mit den grundsätzlichen Aspekten befasste, thematisierte die zweite die abträglichen Auswirkungen der Ländergrenzen auf Verwaltung und Wirtschaft in vielen Einzelfragen. Die lange überfällige Neuordnung betraf sowohl eine Verfassungsreform und damit die Kompetenzverteilung zwischen Reich und Ländern wie eine Verwaltungsreform und damit die administrative Gliederung. Da diese aufgrund der komplexen Problematik längere Zeit in Anspruch nehmen würde, plädierte Brüning dafür, dass die bestehenden Verwaltungen während des

¹³ Kurt Brüning, Niedersachsen im Rahmen der Neugliederung des Reiches. Hannover 1929; ders., Niedersachsen im Rahmen der Neugliederung des Reiches. Band 2. Beispiele über Auswirkungen der Ländergrenzen auf Verwaltung und Wirtschaft. Hannover 1931. Ein im 2. Band angekündigter 3. Band ist offenbar nicht erschienen.

Reformprozesses erhalten bleiben. Bedingung war für ihn, dass zuvor Klarheit über die Probleme gewonnen werden musste und dass die Betroffenen bei der Umgestaltung mitzuwirken hatten. Diese Vorbehalte, dazu bedurfte es keiner großen Phantasie, ließen sich von den Gegnern der Reichsreform nutzen, um sie dilatorisch zu behandeln.

Im Hinblick auf Norddeutschland unterstellte Brüning, dass ein neuer Bezirk unter dem Begriff „Niedersachsen“, „Nordwestdeutschland“ oder „Hannover“ zu bilden sei. Er begann deshalb mit einer Klärung des Begriffs „Niedersachsen“ und zählte dazu von Preußen die Provinz Hannover und Teile der Provinz Westfalen (Minden u.a.), von Hessen-Nassau die Grafschaft Schaumburg, ferner den Freistaat Oldenburg ohne Lübeck und Birkenfeld, den Freistaat Braunschweig, den Freistaat Lippe-Detmold und den Freistaat Schaumburg-Lippe. Das so definierte Territorium hatte 55.000 qkm mit 5,5 Mio Einwohnern. 80 Prozent der Fläche entfielen auf Preußen, auf das Land Braunschweig nur 6,7 Prozent der Fläche und 9,1 Prozent der Einwohner. Je weiter man die Grenzen von Niedersachsen zog, desto geringer wurde Braunschweigs relatives Gewicht. Problem des so definierten Territoriums war nicht nur dessen Verteilung auf mehrere Länder bzw. Preußische Provinzen, sondern auch die außerordentliche Zersplitterung im Harz und im Weserbergland.

Bei deren Ursachenforschung kam Brüning zu dem Ergebnis, dass sie keine naturräumlichen Gründe hatte, sondern das Resultat einer langen Kette von Zufällen aus Krieg, Heirat, Erbschaft und Erbteilung war, die bereits 1180 mit der Entmachtung des Sachsenherzogs Heinrich begonnen hatte. Brüning stellte allerdings umgekehrt fest, dass es auf der nichtstaatlichen Ebene das Land Niedersachsen schon gab, weil viele Verbände sich bereits aus eigenem Antrieb niedersachsenweit organisiert hatten. Ein Zusammenschluss der genannten Territorien sei daher lange überfällig.¹⁴

Auch konnte er für Niedersachsen keine soziale Heterogenität erkennen, räumte aber ein, dass in kultureller Hinsicht eine Dreiteilung erkennbar sei, die sich in der Verbreitung der nordniedersächsischen, ostfälischen und engerschen Mundart widerspiegelt. Immerhin musste er konstatieren, dass Braunschweig trotz seiner extremen Zersplitterung eine besondere, Gemeinschaft stiftende, Tradition aufweise. Nachdem

¹⁴ Ähnlich argumentierte auch Kurt Finkenwirth, Wirtschaftsraum Niedersachsen. Grundsätzliches zum Neugliederungsproblem erläutert am Beispiel Niedersachsen. In: Zeitschrift für Geopolitik 7.1932, 7. S. 1-10.

die diversen Teile des welfischen Stammlands seit 1705 bis auf Braunschweig-Wolfenbüttel unter dem Hannoverschen Kurfürsten vereinigt worden waren, hätte es 1884 nach Aussterben der Linie Braunschweig-Wolfenbüttel an das erst 1814 auf dem Wiener Kongress als Nachfolger von Braunschweig-Lüneburg entstandene Königreich Hannover fallen müssen. Da dieses aber 1866 nach der Niederlage in der Schlacht bei Langensalza im preußisch-österreichischen Krieg als Verbündeter Österreichs seine Selbständigkeit verloren hatte, da es von Preußen annektiert worden war, um eine Landverbindung zu dessen westlichen Provinzen herzustellen, kam der Erbfall nicht zustande. Braunschweig blieb als Herzogtum erhalten.

Obwohl es besonders viele negative Konsequenzen zu tragen hatte wie etwa die, dass die zentrale Ost-West-Eisenbahnverbindung von Berlin über Hannover ins Ruhrgebiet nicht über die Stadt Braunschweig, sondern nach einer Intervention des Preußischen Generalstabs über Stendal und damit fast nur über preußisches Territorium führte - eine wesentliche Erklärung, warum die eigentlich jüngere Stadt Hannover seitdem so viel rascher gewachsen war - musste Brüning konstatieren, dass der Widerstand, sich Preußen anzuschließen, in Braunschweig besonders ausgeprägt ist. Sein Fazit lautete: Bei einer Neugliederung des Reiches ist ein Land Niedersachsen mit Hannover als Landeshauptstadt zu gründen. Zu diesem gehört auch Braunschweig, wobei er nicht klar zum Ausdruck brachte, ob alle seine Teile gemeint waren oder ob die Grenze Niedersachsens im Osten so verläuft, dass dessen östliche Landesteile, also die Exklaven Blankenburg und Calförde, an eine Provinz Sachsen fallen.

Der Selbständigkeit Braunschweigs drohte nämlich auch aus östlicher Richtung Ungemach, hatte doch der Sächsische Provinziallandtag in Magdeburg eine ähnliche Initiative wie der Hannöversche ergriffen, bei der es analog um Fragen der territorialen Definition eines Preußen zugehörigen Mitteldeutschlands ging. Bereits am 28.3.1927 hatte er eine EntschlieÙung verabschiedet, in der es u.a. hieß: „In vollem Umfange kann nur durch den Eintritt der Länder Thüringen, Anhalt und Braunschweig in den Verband des preußischen Staates Abhilfe geschaffen werden.“ In diese Richtung argumentierte auch die Denkschrift des Landeshauptmanns der Provinz Sachsen „Mitteldeutschland auf dem Wege zur Einheit“.¹⁵ Wenn aber das Land

¹⁵ Erich Feldhaus, Die mitteldeutsche Frage. Gedanken über Verwaltungsreform und Verwaltungssitz. Magdeburg 1927. Vgl. ferner Albert Hansen, Unsere Heimat, unsere Kultur. Über die Zugehörigkeit des Reg.-Bez. Magdeburg zu Mitteldeutschland. Eisleben 1933.

Braunschweig zur Provinz Sachsen geschlagen würde, dann stände die Stadt Braunschweig nicht mehr in Konkurrenz zu Hannover, sondern zu Magdeburg. Die Braunschweiger Reaktion auf diese Gemengelage lautete: Wenn das Land aus sachlichen Gründen in einer preußischen Provinz aufzugehen hat, dann bitteschön in Niedersachsen und nicht in Mitteldeutschland.¹⁶

Am 6.1.1933 verkündete die Landeszeitung unter der Überschrift „Ein Attentat auf Braunschweig?“ den Plan, dass der gesamte Harz einem Regierungsbezirk Nordhausen der Provinz Sachsen einverleibt werden soll. Die Meldung alarmierte den Schutz- und Trutzbund, der für den 17.1.1933 eine Versammlung im Großen Saal des Parkhotels einberief, an der die politische Prominenz, angeführt von den Ministern Küchenthal (DNVP) und Klagges (NSDAP) des Landes und sogar Brüning teilnahm. Stadtrat Benze hielt einen Lichtbildvortrag zum Thema „Gehören die Randgebiete Braunschweigs zu Niedersachsen oder zu Mitteldeutschland?“ Wie er die rhetorische Frage beantwortete, stand außer Frage. Anschließend verabschiedete die Versammlung „einstimmig“, eine Resolution, die sich vehement gegen eine mögliche Abtretung der östlichen Landesteile wandte. Die Generallinie lautete: Die mittlerweile als unvermeidlich angesehene Gründung eines Landes Niedersachsen wird zwar (nolens volens) akzeptiert – allerdings unter der Bedingung, dass alle Teile Braunschweigs dazugehören und seine Grenze auf Kosten der Provinz Sachsen entsprechend nach Osten ausgedehnt wird. Damit hatte sich auch Brüning festgelegt. Die Braunschweiger Presse berichtete mit dem Tenor „Braunschweig gehört ungeteilt zu Niedersachsen“¹⁷ und sorgte durch den Abdruck der Resolution für deren weitere Verbreitung.

In der Endphase der Weimarer Republik fehlte allerdings die Kraft, die Neugliederung in Angriff zu nehmen. Dies sollte sich mit der „Machtergreifung“ ändern, weil seitdem der politische Wille, insbesondere in der Person von Reichsinnenminister Frick (NSDAP), zu einer umfassenden Reichsreform gegeben schien, zumal die neuen Machthaber das Interesse hatten, auch über den Neuaufbau des Reiches ihre Macht zu konsolidieren. Diese Konsolidierung betraf allerdings eher das Verhältnis Reich – Länder im Sinne der Zentralisierung. Die Neugliederung im Sinne der

¹⁶ Dazu Theodor Müller, Braunschweig und die Reichsreform. In: Schulblatt für Braunschweig und Anhalt 45.1932,1-2, S. 13-18, der vermutlich den Tenor der öffentlichen Meinung in Braunschweig repräsentierte. Zitat aus der Entschließung des Sächsischen Provinziallandtags ebd.

¹⁷ In: Braunschweigische Landeszeitung vom 18.1.1933; ferner Braunschweigs Stellung zur Reichsreform. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 19.1.1933.

Provinzialisierung stieß auf dieselben alten Widerstände wie auf ganz neue, die aus dem komplexen, in sich widersprüchlichen Machtgefüge des NS-Staates resultierten.¹⁸

Relevant sind hierzu zwei Gesetze, unter denen das Gleichschaltungsgesetz besondere Prominenz erreichte.¹⁹ Mit ihm wurden die Länderparlamente mit Ausnahme des Preußischen Landtags aufgelöst und entsprechend der Sitzverteilung der Reichstagswahl vom März 1933 ohne Berücksichtigung der KPD neu gebildet. Braunschweig war das einzige Land, in dem unter dem Druck von Innenminister Klagges auch die SPD nicht berücksichtigt wurde. Begründet wurde es mit dem Argument, dass die alte Zusammensetzung der Landtage nicht mehr dem „Volkswillen“ entspreche, der durch die Reichstagswahl zum Ausdruck gekommen sei.

Als treibende Kräfte der Reichsreform in Fricks Innenministerium erwiesen sich Franz Albrecht Medicus mit Zuständigkeit für die Neugliederung und Helmut Nicolai mit Zuständigkeit für die Verfassungsreform. Beide gingen von der trügerischen Annahme aus, dass mit dem Machtwechsel in den Ländern die Zeit gekommen sei, die Neugliederung auch gegen deren Widerstand durchzusetzen. Während das Gleichschaltungsgesetz für die Mehrheit der neuen Machthaber in den Landtagen gesorgt hatte, sprengte das „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches“²⁰ den Rahmen der Weimarer Verfassung und legten die Grundlagen im Sinne eines unbedingten Zentralismus. Der Umstand, dass, anders als bei dem raschen Anfangstempo, zwischen der Verabschiedung der beiden Gesetze zehn Monate verstrichen, deutet darauf hin, dass der Widerstand gegen die Neugliederung weiterhin erheblich war.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1933 positionierten sich die Befürworter im Innenministerium und die Gegner in den Ländern. Sie rekrutierten sich nicht nur aus den alten politischen Kräften mit ihren föderalen Sonderinteressen, sondern auch aus der NSDAP, deren neue Machthaber zwar unbedingte Befürworter des Gleichschaltungsgesetzes waren, weil es ihre regionale Machtposition konsolidierte, die aber kein Interesse hatten, die gerade errungene Macht durch eine Neugliederung wieder zu verlieren. In diesem Punkt verbanden den Preußischen Ministerpräsidenten Göring, den

¹⁸ Vgl. dazu Walter Baum, Die „Reichsreform“ im Dritten Reich. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3.1955, 11. S. 36-56.

¹⁹ Vgl. dazu Georg Kaisenberg, Gleichschaltung der Länder mit dem Reich. Berlin 1933 = Das Recht der nationalen Revolution Heft 2.

²⁰ Helmut Nicolai, Die Grundlagen der kommenden Verfassung Über den staatlichen Aufbau des Dritten Reichs. Berlin 1933.

Reichsstatthalter von Anhalt und Braunschweig Loeper und den Braunschweigischen Ministerpräsidenten Klagges ein gemeinsames Interesse.

Seitdem lautete die Rangordnung: Frick als Reichsinnenminister in Berlin ist der Vorgesetzte des Reichsstatthalters Loeper in Dessau und Loeper ist der Vorgesetzte des Ministerpräsidenten von Braunschweig Klagges, der inzwischen Küchenthal in diesem Amt abgelöst hatte. Das war die Theorie. In der Praxis lag Frick in einer Dauerfehde mit den Reichsstatthaltern, von denen einige wiederum Dauerfehden mit den Ministerpräsidenten der kleinen Länder austrugen. Noch komplexer wurde der Instanzenzug 1935, als die Ressortminister in Berlin den Ressortministern in den Ländern vorgesetzt wurden. Demnach war Alpers als braunschweigischer Finanzminister nicht mehr dem Ministerpräsidenten Klagges, sondern dem Reichsfinanzminister weisungsgebunden. Da Loeper kein Gauleiter war, sondern Braunschweig dem Gauleiter Rust unterstellt war, war die tatsächliche Rangfolge noch unklarer. Neben der staatlichen gab es nämlich die Parteihierarchie: Reichsleitung in München – zuerst in Person des Organisationsleiters Strasser, nach dessen Sturz Ley bzw. der Stellvertreter des Führers, Heß, bzw. dessen Stabsleiter Bormann, darunter der entscheidungsschwache Gauleiter Rust in Hannover und darunter der Kreisleiter für Braunschweig, der zwar pompös im Adolf Hitler-Haus (ehemals Rimpeausche Villa) residierte, aber im Schatten von Klagges stand. Die Gemengelage der beiden Hierarchien konnte von machtbewussten Personen wie Klagges trotz seiner förmlichen Herabstufung genutzt werden. Die Reichsreform hatte das Gegenteil von dem produziert, was sie beabsichtigte.

Wichtig aus Sicht der Länder war die von Nicolai im Herbst 1933 veröffentlichte Schrift über die Grundlagen der kommenden Verfassung, auch wenn es nicht zu deren Verabschiedung gekommen ist.²¹ Hitler war, Ende 1933 noch nicht absehbar, nicht daran interessiert, seinen „Führerstaat“ in einen verfassungsmäßigen Rahmen zu gießen. Nicolai ging davon aus, dass die Länder neu abzugrenzen und Preußen aufzulösen seien. In der neuen Verfassung sollte es heißen: „Das Reichsgebiet wird in stammesmäßig, landschaftlich und wirtschaftlich zusammenhängende Länder gegliedert. Ihre Grenzen werden in der Gliederungsordnung bestimmt. Ihr Bestand ist fortan nicht veränderlich.“ Diese Formulierung Nicolais ließ zwar viele

²¹ Helmut Nicolai, Der Neuaufbau des Reiches nach dem Reichsreformgesetz vom 30. Januar 1934. Berlin 1934.

Interpretationen zu, berücksichtigte aber durchaus rationale Gesichtspunkte, die einer historisch gewachsenen Identität der Länder wie naturräumlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten Rechnung trug. Sie waren als reine Verwaltungseinheiten gedacht, die einem Reichsstatthalter unterstanden.

Im Vorgriff auf den „Anschluss“ Österreichs kam Nicolai zu einer Gliederung in nur noch 14 Länder – darunter „Niedersachsen“ mit Schleswig-Holstein, Hannover ohne Osnabrück, nördliche Teile von Oldenburg, Hamburg, Bremen, Lübeck, Braunschweig ohne Blankenburg und Calvörde, Schaumburg-Lippe. Unterhalb der Länder sollte es Bezirke mit jeweils etwa einer Million Einwohner geben. Eine Karte mit den neuen Ländergrenzen läge bereits vor. Ein entsprechendes Kartenwerk „Das neue Reich. Ein Atlas des Deutschen Reiches nach dem Gesetz zur Reichsreform vom 30. Januar 1934“²² war ausgerechnet bei Westermann in Braunschweig erschienen, verzichtete aber paradoxerweise auf die genaue Markierung der neuen Ländergrenzen, was den ungeklärten Schwebezustand unterstrich.

In Braunschweig schrillten die Alarmglocken. Insbesondere auf Klagges dürfte die Schrift wie ein Schock gewirkt haben. Stand doch alles zur Disposition, wofür er seit seiner Wahl zum Innen- und Volksbildungsminister 1931 und der Übernahme der Regierungsgeschäfte 1933 gekämpft hatte. Würde der Plan 1:1 umgesetzt, dann reichte es noch nicht einmal für einen Regierungsbezirk Braunschweig. Die letzte Volkszählung hatte knapp 513.000 Einwohner ergeben. Ohne Blankenburg und Calvörde würde sie unter die halbe Million sinken. Klagges muss klar geworden sein, dass für ihn kein Platz mehr war. Der Reichsstatthalter würde in Hannover sitzen – womöglich in Personalunion mit dem Gauleiter. Selbst das Amt eines Regierungspräsidenten war fraglich, da Braunschweig als viel zu klein mit Lüneburg zusammengelegt würde und Lüneburg als Sitz des Gauleiters für Osthannover Bezirkshauptstadt geworden wäre, um den bei der Postenverteilung unterlegenen Telschow abzufinden. Allerdings konnte er davon ausgehen, dass Frick vielerorts auf Widerstand stoßen würde, dass die Statthalter für die Kleinstaaten wenig begeistert waren, weil sie ihre Ämter verlieren würden, dass etliche Gauleiter um ihre Parteigäue fürchteten und deren Deckungsgleichheit mit den Verwaltungseinheiten bevorzugten.

²² Braunschweig o.J. (vermutlich 1935).

Entscheidend war die Frage, welches Interesse Hitler der Reichsreform beimaß. Da diese auf das „Altreich“ bezogen war, er aber in den Kategorien der Eroberung von „Lebensraum im Osten“ dachte, dürfte sie für ihn nur nachrangige Bedeutung gehabt haben. Immerhin hatte er ein halbes Jahr zuvor in einer Reichstagsrede kategorisch erklärt: „Der Bestand der Länder wird nicht beseitigt.“ Vielleicht kam es ihm aufgrund seines Divide et impera-Denkens sogar entgegen, wenn nicht nur der verfassungsmäßige, sondern auch der administrative Teil der Reichsreform auf der Strecke blieb und nur ein widersprüchliches Konglomerat von alten und neuen Strukturen hervorbrachte.

Das Wissen um diese Interna nutzte Klagges für eine Gegeninitiative.²³ Bevor er sich an die Spitze der Reaktion auf die Pläne setzte, musste er abwägen, welche Strategie den größten Erfolg versprach, und von folgenden Annahmen ausgehen: (1) Das Land Braunschweig soll in einem neuen Land Niedersachsen aufgehen und seine Landesregierung verlieren. (2) Mit einer halben Million Einwohnern ist es selbst für einen Regierungsbezirk zu klein. (3) Deshalb wird es mit Lüneburg oder Hildesheim zusammengelegt und behält womöglich nicht einmal eine Bezirksregierung. (4) Aufgrund des vorgesehenen Zuschnitts von Niedersachsen verliert es die östlichen Exklaven an ein Land Brandenburg. (5) Die bestehenden Parteigäue decken sich nicht mit dem Plan von Nicolai.

Daraus ergaben sich zwei Gegenstrategien, die sich vorrangig an den Interessen des Landes oder seines Ministerpräsidenten orientieren. Die „kleine Lösung“ lautet: Fortsetzung der in der Resolution des Schutz- und Trutzbundes vom 17.1.1933 verfolgten Linie. Braunschweig akzeptiert zwar, in einem Land Niedersachsen aufzugehen, verlangt aber, dass dessen Grenze so weit im Osten gezogen wird, dass alle Landesteile dazugehören. Innerhalb des neuen Landes muss Braunschweig so vergrößert werden, dass es für eine Bezirksregierung reicht. Die „große Lösung“ geht davon aus, dass perspektivisch die Verschmelzung der Parteigäue mit den Verwaltungseinheiten das eigentliche Ziel ist und dass die Gauleitungen die wichtigere Ebene bilden. Deshalb muss Braunschweig aus dem Gau Südhannover-Braunschweig herausgelöst und soweit vergrößert werden, dass es für einen eigenen Gau reicht. Das wiederum verlangt eine komplette Neueinteilung der Gäue in Nordwestdeutschland, was einen Konflikt mit den Gauleitern heraufbeschwört. Sie muss sich,

²³ Details bei Menzel 2020, S. 325-327.

um akzeptiert zu werden, auf die historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Argumente stützen, die von den Befürwortern der Reichsreform konzediert werden. Vor allem aber muss sie dem völkischen Narrativ der NS-Ideologie entsprechen. Anfang November 1933 brachte Klagges seine Überlegungen zu Papier, die er zunächst unter Verschluss hielt.²⁴

Die Öffentlichkeit erfuhr erst im Dezember von den akuten Plänen.²⁵ Die schlimmsten Befürchtungen des Schutz- und Trutzbundes schienen sich zu bestätigen. Er lud drei Tage später zu einer vertraulichen Besprechung in die Industrie- und Handelskammer, an der auch Oberbürgermeister Hesse teilnahm. Diskutiert wurde ein flankierendes Vorgehen zur Reaktion der Landesregierung, von der man annahm, dass sie sich noch auf der Linie der Parkhotel-Resolution vom Januar bewegte. Deshalb beschränkte man sich auf die Ostgrenze, um zu erreichen, dass die Grafschaft Wernigerode, das Amt Osterwieck und der Kreis Ilfeld einem Bezirk Braunschweig zugeschlagen, Calvörde aber aufgegeben wird. Zur Begründung solle eine Denkschrift verfasst, zu einer zweiten Sitzung auch Klagges geladen werden.

Diese fand zwar statt, doch hatten Klagges wie Hesse seine Teilnahme abgesagt. Aufgrund der unklaren Situation wurde beschlossen, die Arbeit an der Denkschrift zu vertagen. Offenbar war von Klagges interveniert worden, da die kleine Lösung kontraproduktiv war für seine eigene Denkschrift „Zur Neueinteilung Norddeutschlands“ in Reaktion auf Nicolai. Er konzedierte zwar, dass auch er für eine Neugliederung des Reiches sei. An die Stelle der 12-16 **Länder** von Nicolai setzte er eine Liste von 24 **Gauen**. Unterstellt und von der Reichsleitung in München sicher befürwortet, dass die Parteigau perspektivisch mit den Ländern verschmolzen werden, zielte er auf die Unterstützung von Heß wie der Gauleiter, weil bei ihm doppelt so viele Gaue übrigblieben. Indem er das aus nüchterner Verwaltungsperspektive rational erscheinende Kriterium, die neuen Einheiten an Bevölkerungszahl und Fläche zu orientieren, ablehnte und stattdessen „völkische“, historische und kulturelle Argumente bemühte und dafür plädierte, die Gaue um „Mittelpunkte“ zu gruppieren, konnte er des Beifalls der regionalen Opponenten gegen die Reichsreform sicher sein.

²⁴ Zum Folgenden Ulrich Menzel, Der Anfang vom Ende. Die Reichsreform und die retardierende Wirkung der Braunschweiger Denkschriften 1933/34. In: Braunschweigisches Jahrbuch für Landesgeschichte 98.2017, S. 141-170. Alle quellenmäßigen Belege der im Text genannten Denkschriften und der daraus zitierten Passagen ebd.

²⁵ Vorschläge zur Reichsreform. Die noch unverbindlichen Pläne schlagen Calvörde und Blankenburg zu Brandenburg. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 9.12.1933.

So wurde das eigentliche Ziel des Vorschlags verschleiert – nämlich, dass einer dieser neuen Gaue ein Gau „Ostfalen“ sein müsse. Klagges kam dazu durch den Rückgriff auf das alte „Sachsenland“ Heinrichs des Löwen mit seinen Teilen Westfalen, Engern, Ostfalen, den Nordelbingern und den Friesen. Heute bestehe das historische Ostfalen aus den Regierungsbezirken Lüneburg und Hildesheim, dem Land Braunschweig als Kern und dem Kreis Wernigerode. Das ergab zusammen 1,8 Mio. Einwohner. Noch weniger überrascht, dass die Stadt Braunschweig dessen natürlicher „Gaumittelpunkt“ wäre. Die Gaue sollen durch Kreise gegliedert werden. Damit verschwand auf elegante Weise ein möglicher Regierungsbezirk Braunschweig als Zwischeninstanz.

Klagges hatte das Beste aus der vertrackten Situation gemacht. Mit den stammesmäßigen Argumenten bediente er die NS-Ideologen, mit den historischen und kulturellen die Traditionalisten, trennte Braunschweig von Hannover und lieferte eine Begründung, warum es auf Augenhöhe mit Hannover zu vergrößern ist. Mit der Hinzufügung des Kreises Wernigerode löste er das Problem der Exklaven Blankenburg und Bad Harzburg. Mit 1,8 Mio. Einwohnern erreichte er fast das quantitative Kriterium von Nicolai. Mit der Definition eines neuen Gaus Niedersachsen berücksichtigte er das Interesse des Gauleiters Rust. Opfer war der Gauleiter Telschow, weil der Gau Osthannover verschwand. Der Flickenteppich Braunschweig wurde arrondiert, ausgeweitet und zum Gau Ostfalen aufgewertet. Dass nebenbei auch noch eine Gauhauptstadt Braunschweig statt eines Kreises und ein Gauleiter statt eines Kreisleiters herausprangen, der in Personalunion die Leitung des neuen Landes übernimmt bzw. behält, versteht sich. Das Begleitschreiben „an den Herrn Reichsminister des Innern, Berlin“ war schon formuliert. Er vergaß auch nicht zu erwähnen, dass eine Abschrift der Denkschrift „für den Herrn Reichskanzler, Berlin“ vorgesehen ist. Sie ist nicht abgesandt worden. Stattdessen wirkte er bei einem Gesetzesvorgang in Berlin mit, der auf den ersten Blick seinen Interessen diametral entgegenstand.

Am Jahrestag der „Machtergreifung“ verabschiedete der Reichstag mit den Stimmen der Braunschweiger NSDAP-Abgeordneten Klagges, Schmalz und Schmidt-Bodenstedt das „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches“.²⁶ Damit schien Frick sich durchgesetzt zu haben. Alle Reichstatthalter und Ministerpräsidenten hatten den

²⁶ Wilhelm Frick, Der Neuaufbau des Reichs. Berlin 1934.

Antrag im Reichstag gestellt und im Reichsrat als dessen letzte Amtshandlung bestätigt. Insofern hat Klagges sogar zweimal für die Auflösung des Landes Braunschweig und die von ihm geführte Landesregierung gestimmt!

Frick feierte in einer Rundfunkrede das Gesetz als Überwindung des Föderalismus und betonte: „Mit Beseitigung der Landtage haben die Länder die souveräne Grundlage grundsätzlich verloren.“ Die Hoheitsrechte der Länder gehen auf das Reich über. Allerdings werde die Umsetzung des Gesetzes Jahre dauern. Die Landesregierungen bleiben deshalb im Amt, sind aber der Reichsregierung weisungsgebunden. Da den Ländern zwei Tage später ihre Hoheitsrechte rückübertragen wurden, andernfalls hätten die Zentralinstanzen keine Durchgriffsmöglichkeit mehr nach unten besessen, blieb faktisch alles beim Alten. Die Durchführungsverordnung bestimmte, dass sich das Reich nicht in alle Details der Länderverwaltung einzumischen hat.

Damit war das Spiel keineswegs zu Ende. Frick hatte sein Gesicht gewahrt, Klagges den Status quo behauptet. Frick konnte hoffen, seine Pläne zu realisieren, Klagges seine alternative Reichsreform weiterverfolgen. Dies war der Grund, warum er die Landesbehörden beauftragte, im Sinne seines Entwurfs eine ausführliche Denkschrift zu erarbeiten, die durch Zahlen und Karten zu unterfüttern war. Dies fand die Unterstützung der Braunschweigischen Landeskirche, die auch um ihre Existenz fürchtete, und der braunschweigischen Wirtschaft. Klagges konnte sich als Schutzpatron Braunschweiger Interessen fühlen, hatte die Existenzkrise des Landes vom November/Dezember 1933 zur Konsolidierung seiner Macht genutzt.

Aus dem Auftrag ist die dreibändige „Denkschrift über das Staats-, Volks-, Wirtschafts- und Kulturleben sowie die Finanzen des Landes Braunschweig“ entstanden – eine komplette Bestandsaufnahme zu Beginn der NS-Zeit. In der Tendenz geht sie kaum über das hinaus, was Klagges skizziert hatte. Bedeutsam ist im Kapitel „Stammesgliederung“ der Hinweis, dass das alte Sachsenland sich in Stämme teilte, unter denen die „Ostfalen“ einen eigenen Stamm bildeten. „Ein Blick auf Karte 9 genügt zu der Feststellung, dass das Land Braunschweig ganz überwiegend dem grossen Gebiet ostfälischer Zunge zuzurechnen ist...“ Die Passage gipfelt in dem Satz: „Der nördliche Hauptteil des Landes liegt in der Mitte, und die Landeshauptstadt bildet fast mathematisch genau den Mittelpunkt des ostfälischen Gebietes.“

Im Mai 1934 kontaktierte Klagges Frick wegen der Blankenburg-Frage, wurde aber abschlägig beantwortet. Daraufhin ging er in die Offensive und überreichte Hitler Ende Mai 1934 die letzte Fassung seiner **eigenen** Denkschrift. Die entsprechende Protokollnotiz von ORR Grünkorn ist eindeutig: „Klagges hat die Denkschrift Hitler persönlich überreicht, Innenminister hat sie 3 Tage später vorgelegen.“ Er bekam sie drei Tage vor Frick und dazu auch nicht per Post, sondern persönlich mit Gelegenheit zum Vortrag. Dass Klagges der Zugang eingeräumt wurde, muss als Privileg gewertet werden, das nicht alle Gegner der Reichsreform besessen haben. Ein klarer Affront gegenüber Frick.

Hitler war spätestens seitdem über die Causa Braunschweig informiert und sah sich genötigt, zwischen Frick und Klagges zu entscheiden. Auch wenn eine direkte Antwort nicht bekannt ist, so hat er vermutlich an seiner Erklärung festgehalten, dass die Länder erhalten bleiben, aber gezögert, die Bildung eines neuen Gaues zuzulassen. Letzteres hätte Ärger mit den Gauleitern Rust und Telschow bedeutet. Da ähnliche Initiativen auch anderswo im Gange waren, muss Hitler die Kontroverse über die Reichsreform, die nicht nur die Autorität Fricks, sondern indirekt auch seine eigene in Frage stellte, lästig geworden sein. Jedenfalls verbot er deren weitere Diskussion. Offenbar war seine Ablehnung aber nicht so eindeutig, dass Klagges sich entmutigt fühlte.

Jedenfalls ließ er nicht locker. Parallel zu dem dreibändigen Grundlagenwerk wurde im Mai 1934 eine weitere Denkschrift in Angriff genommen. Darin sollte die Gestaltung der Verwaltungsbezirke im niederdeutschen Raum dargelegt und begründet werden, warum die Gründung eines Gaus Ostfalen mit Braunschweig als Mittelpunkt geboten ist. Klagges gab die Eckpunkte vor: „Zweck der Denkschrift ist der Nachweis der Zusammengehörigkeit des ostfälischen Gebiets unter Herausstellung des Landes Braunschweig als ostfälisches Kernland und der Bedeutung der Stadt Braunschweig als Mittelpunkt des Gebiets.“ Begründet werden solle dieses durch eine Mundartenkarte, die Herausstellung Braunschweigs als Verkehrs-, Wirtschafts- und kultureller Mittelpunkt, die Herausstellung des Landes als geschichtlicher Mittelpunkt, Braunschweig als Behörden- und Parteisitz sowie als (künftige) Gauhauptstadt. Diese Auftragsliste ist auch insofern interessant, als Klagges in den folgenden Jahren alles daran setzte, diese Punkte regelrecht abzuarbeiten.

Aus dem Auftrag ist Ende 1934 die letzte Denkschrift „Braunschweig in der Reichsreform“ hervorgegangen. Im Zentrum der „völkischen“ Argumentation steht der von Hitler bevorzugte Begriff der Stammesgebiete. Sie plädiert deshalb für kleinere Einheiten, da ein Land Niedersachsen zu groß ist, um den fünf sächsischen Stämmen gerecht zu werden und dessen natürlichen Mittelpunkte Münster, Hannover, Braunschweig, Bremen, Oldenburg, Hamburg und Kiel zu berücksichtigen. Die Karte der Mundarten wurde so gezeichnet, dass die „ostfälische“ die größte Verbreitung besitzt. Bis auf Bremen, Braunschweig und Kiel sind die genannten Mittelpunkte Sitz von Gauleitungen. Der Grund ist kein stammesgeschichtlicher, sondern ein implizit nachrangiger, nämlich die Umstrukturierung entlang der Reichstagswahlkreise 1928. Um dem stammesmäßigen Narrativ Rechnung zu tragen, muss die gesamte Region neu gegliedert und in sechs Verwaltungsbezirke aufgeteilt werden. Der Parteigau Südhannover-Braunschweig wird geteilt. Aus Südhannover wird Engern inklusive Oldenburg. Der Gau Osthannover ohne „natürlichen Mittelpunkt“ verschwindet. An seine Stelle tritt Ostfalen.

Abb. 6: Der Gau Ostfalen und die Neuordnung der Parteigau in Nordwestdeutschland



gelb = Ostfalen; Quelle: Nds. Staatsarchiv Wolfenbüttel 12 A Neu 13 Nr. 37386, Blatt II.

Im Abschnitt über das alte Sachsenland wird argumentiert, dass Braunschweig der Vorort und Heinrich der Löwe der Ahnherr eines Gaus Ostfalen seien und darauf hingewiesen, dass Heinrich mit seiner Ostkolonisation jenseits der Elbe Ahnherr der Idee des „Lebensraums im Osten“ sei. Der Braunschweiger Dom wurde bis 1940 entsprechend ikonographisch umgestaltet.²⁷ Es folgt die Rekapitulation, welche Bedeutung Braunschweig für die NSDAP (Harzburger Front, Aufmarsch der 100.000 SA-Männer, Wahlerfolg vom 5.3.1933, erster rein nationalsozialistischer Landtag, Niederschlagung des sog. „Stahlhelmputsches“ bzw. der „Reichsbanner-Stahlhelm-Verschwörung“²⁸) gespielt habe. Nicht unterschwellig, sondern ganz offen appelliert Klagges an die Dankbarkeit Hitlers: „Eine besondere Bedeutung hatte die Tatsache des Besitzes der Regierungsgewalt seitens der N.S.D.A.P. in Braunschweig als dem einzigen deutschen Lande dadurch, daß es möglich wurde, unserem Führer im Februar 1932 durch die Ernennung zum braunschweigischen Regierungsrat das Staatsbürgerrecht zuzuerkennen. Es ist noch in aller Erinnerung, daß dieser von allen Nationalsozialisten so lang ersehnte Akt die Möglichkeit einer Kandidatur des Führers zur Reichspräsidentschaft schuf. Es handelt sich bei der Einbürgerung des Führers um eine geschichtliche Tat, die den Namen Braunschweig für immer mit dem Nationalsozialismus verknüpft.“ Die Landesregierung könne in eine Gauverwaltung umgewandelt werden. Die Räumlichkeiten ständen in Form der Dienstgebäude des Staatsministeriums bereit. Sogar das Gründungsdatum biete sich an, „wenn an die Stelle des am 21. August des nächsten Jahres (1935) siebenhundertjährigen Landes Braunschweig ein Gau Ostfalen tritt.“

Chapeau! Klagges und seine Zulieferer hatten ganze Arbeit geleistet. Lediglich der Hinweis auf Heinrich den Löwen dürfte Hitler nicht gefallen haben, war dieser doch mit seiner Auflehnung gegen Kaiser Barbarossa ein Separatist und nicht mit dem Führerprinzip zu vereinbaren. Nicht umsonst wurde der Russlandfeldzug „Unternehmen Barbarossa“ und nicht „Unternehmen Heinrich der Löwe“, was sich auch angeboten hätte, genannt. Geschickt war die Argumentation, insofern sie sich zwar voll

²⁷ Ulrich Menzel, Zwischen Deutschen Christen und Neuen Heiden. Hitlers überraschender Besuch vom Juli 1935 in Braunschweig, die Umwidmung des Braunschweiger Doms und die Neukonzipierung der „Gemeinschaftssiedlung Lehdorf“ und deren Kirche. Wolfenbüttel 2021, besonders S. 107ff.

²⁸ Vgl. dazu Ulrich Menzel, Widerstand oder Zuflucht? Die Kooperation von Reichsbanner und Stahlhelm in Stadt und Land Braunschweig im Frühjahr 1933 und deren reichsweite Bedeutung. MS April 2024; erscheint als Buch Berlin 2025.

und ganz hinter die Reichsreform stellte, ihre Umsetzung aber sehr viel „föderalistischer“ interpretierte. Außerdem war es Klagges mit einer überraschenden Volte gelungen, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Indem er Braunschweig als Vorreiter und Muster für die Reichsreform präsentierte, war es sogar möglich, **selber** für das Verschwinden des Landes zu plädieren – sofern, das war die Bedingung, es durch den Gau Ostfalen ersetzt würde.

Bevor Klagges die letzte Denkschrift unterbreitete, ließ er dem Gauleiter Wagner in München eine Kopie zukommen. Wieder ein raffinierter Schachzug, war dieser doch in der Parteizentrale Beauftragter für den Neuaufbau des Reiches. Heß hatte sich eine Parallelstruktur zu Frick geschaffen, die diesen entlang der Gaue und nicht entlang der Länder verfolgte.

Im Januar 1935 überreichte Klagges diese Denkschrift Frick. Diesmal hatte er ihn nicht via Hitler, sondern via Heß umgangen. Frick ließ sich mit seiner Antwort Zeit, weil es jenem gelungen war, einen Keil zwischen Partei- und Staatsführung zu treiben. Wieder lag der Ball bei Hitler und wieder wurde dilatorisch entschieden. Erst zwei Monate später versandte Frick ein Rundschreiben, in dem das Verbot der Diskussion der Reichsreform bekräftigt wurde. Damit war Klagges vorerst mit seiner Initiative gescheitert, sein Traum von der Gründung des Gaus Ostfalen anlässlich des 700jährigen Jubiläums des Landes Braunschweig ausgeträumt. Einen Dämpfer hatten auch die Träume Fricks bekommen. Er musste erkennen, dass bereits der Widerstand des kleinen Braunschweigs reichte, ihn in die Schranken zu weisen. Was würde erst geschehen, wenn er sich an die Aufteilung des großen Brockens Preußen herangewagte, dessen Patron Göring in der Partei ein ganz anderes Kaliber als Klagges darstellte?

Dennoch schwelte der Konflikt weiter. Auch Klagges hatte noch nicht aufgegeben. Durch seine Aktivitäten zur Abarbeitung der Agenda vom Mai 1934, so der Mitwirkung bei der Gründung der Reichswerke im Salzgittergebiet, werkelte er weiter am Projekt des eigenen Gaus. Mit dem Argument, dass das „Aufbauggebiet“ der Reichswerke aus Hüttenwerk, Erzgruben, Erzbahnen und Siedlungen für die Beschäftigten nicht auf den preußischen Landkreis Goslar und den braunschweigischen Landkreis Wolfenbüttel verteilt, sondern zweckmäßigerweise allein schon wegen der unterschiedlichen Bauvorschriften vollständig auf Braunschweiger Gebiet liegen sollte, bot sich die letzte Chance, doch noch zur ersehnten „Neuordnung des norddeutschen

Raums“ zu kommen, zumal sie vom Patron der Reichswerke, Göring, unterstützt wurde. Hitler scheint dem Argument nicht völlig ablehnend gegenüber gestanden zu haben, auch wenn die braunschweiger Querelen ihm mittlerweile auf die Nerven gingen. Jedenfalls ließ er sich am 22.1.1941 von Bormann die Karte der Gaeinteilung vorlegen. Zu entscheiden war, ob anlässlich des Aufbaus der Reichswerke doch noch die große Lösung, die Gründung des Gaus Ostfalen realisiert wird. Hitler entschied, dass nur ein Tausch des Landkreises Goslar gegen den Landkreis Holzmin- den in Frage komme, „da bei einer Herausnahme des Landes Braunschweig und des Regierungsbezirks Hildesheim aus dem Gau Süd-Hannover-Braunschweig der wertvollste Teil dem alten Gau verloren ginge.“²⁹ Das entsprach zwar nicht Klagges' eigentlichen Ambitionen, war aber ein Teilerfolg. Für Preußen hob er zumindest teilweise die Abtrennung des südlichen Teils der Provinz Hannover durch den Landkreis Holzminden auf. Für Braunschweig bedeutete er viel – zwar nicht die territoriale Ausdehnung, aber die Arrondierung seines Flickenteppichs. Frick dürfte nur widerstrebend den „Führerbefehl“ umgesetzt haben, weil seine Reichsreform in nebulöse Ferne rückte. 1943 wurde er durch Himmler abgelöst. Selbst Himmler hat sich vergeblich an der Braunschweig-Frage versucht! Stattdessen ist eine Anordnung Hitlers überliefert, dass Göring im Falle seines Ablebens über den Fortbestand Braunschweigs wachen solle.³⁰

Welche Rolle spielte Hitlers aufgrund seiner dortigen Einbürgerung, die ihn vom Makel der Staatenlosigkeit befreite, besondere Beziehung zu Braunschweig bei seinen Entscheidungen, die Reichsreform trotz des Drängens von Frick, der nicht zu leugnenden rationalen Argumente und des eindeutigen Reichstagsbeschlusses immer wieder auf Eis zu legen? Warum mochte er dem Drängen von Klagges nicht nachgeben und sich zu dessen großer Lösung durchringen, obwohl dieser via Heß sogar die Parteikarte gespielt hatte? Hätte er pro Klagges entschieden, hätte Frick sein Gesicht verloren. Nicht auszuschließen ist, dass sein ambivalentes Verhältnis zu Klagges eine Rolle spielte, dessen ungeschicktes Vorgehen in der Einbürgerungsfrage Hitler blamiert hatte. Wäre er auf dessen Vorschlag eingegangen, hätte er ihm einen großen Triumph verschafft. Wäre der „alte Kämpfer“ Zörner, dem Hitler wegen seines

²⁹ Zitiert bei Dieter Lent, Braunschweig und Salzgitter. Der Gebietstausch mit Preußen 1941. In: Wolfgang Benz (Hrsg.), Salzgitter. Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt. München 1992, S. 78-91, hier S. 84.

³⁰ Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-1942. 2. Aufl. Stuttgart 1965, S. 309.

diskreten Vorgehens in der Einbürgerungsfrage sehr verbunden und bei dem er sogar zum Schein als Untermieter gemeldet war, um über den scheinbaren Wohnsitz eingebürgert zu werden, nicht von Klagges verdrängt, sondern Ministerpräsident geworden und hätte Zörner die Denkschrift unterbreitet, hätte Hitler vielleicht anders entschieden.

Unabhängig von diesen Anti- und Sympathien fühlte Hitler sich dem Land Braunschweig verpflichtet, wie er noch im Januar 1945 zum Ausdruck brachte,³¹ weil es für ihn persönlich wie für die NSDAP insgesamt in der Phase der Machtergreifung und Machtkonsolidierung eine wichtige Rolle gespielt hatte. Diesen Aspekt hatte die Denkschrift angesprochen und an die Dankbarkeit des Führers appelliert. Deshalb hat Hitler, auch wenn das Kalkül des Divide et Impera zur Lösung des Konflikts seiner Parteigenossen im Vordergrund gestanden haben mag, immer wieder eine Bestandsgarantie für das Land Braunschweig gegeben, selbst wenn sie der Präzedenzfall war, an dem die Reichsreform gescheitert ist.

Klagges konnte trotz der Enttäuschung, nicht Gauleiter geworden zu sein, zufrieden sein, musste allerdings unter dem Damokles-Schwert einer nicht ad acta gelegten Reichsreform leben, sah sich zwischen den überlappenden Kompetenzen von Reichsregierung, Reichstatthaltern, Reichsleitung und Gauleitung eingeklemmt. Da er mit seiner großen Lösung gescheitert und an der kleinen Lösung nicht interessiert war, verfolgte er eine dritte Strategie, die sich 1934 in seinen „Eckpunkten“ angedeutet hatte. Sie bestand darin, Braunschweig durch eine Vielzahl von Aktivitäten in ideologischer, bildungsmäßiger, städtebaulicher, industrieller und infrastruktureller Hinsicht gegenüber Hannover aufzuwerten. An die Stelle der Top down-Strategie über einen Führerbefehl sollte eine Bottom up-Strategie treten. Auch so ließ sich ein eigener Gau demonstrieren. Das Stadtforum auf dem Gelände des aufzugehenden Sackbahnhofs, heute Standort der Volkswagenhalle, war schon gezeichnet und hätte sich leicht in Gauforum umbenennen lassen.³²

Auch Brüning, seit dem 1.5.1933 NSDAP-Mitglied, seit 1937 Direktor des Instituts für Landesplanung an der Universität Göttingen und dort seit 1939 apl. Professor, blieb

³¹ Dieter Lent, „Ich habe dem Lande großen Nutzen gebracht“, Betrachtungen zu dieser Äußerung Hitlers vom Januar 1945 über seine Arbeit als braunschweigischer Regierungsrat 1932. In: Braunschweigisches Jahrbuch für Landesgeschichte 91.2010. S. 217-28.

³² Bernhard Stubenvoll, Das Raumordnungsgeschehen im Großraum Braunschweig zwischen 1933 und 1945. Braunschweigs Raumordnungsziele in der Auseinandersetzung mit konkurrierenden nationalsozialistischen Machteliten. Braunschweig 1987.

dem Thema seiner Denkschriften von 1929 und 1931 treu. 1943 verfasste er eine grundsätzliche Ausarbeitung „Raumordnung und Raumordnungsplan“.³³ Bereits im November 1946 übernahm er die Leitung des neugegründeten Nds. Amtes für Landesplanung und Statistik. Soviel zur Kontinuität.

Das Ende der Geschichte für das Land Braunschweig kam am 21.11.1946 um 16.00 Uhr in der Aula der Kant-Hochschule des wieder zusammengetretenen Braunschweigischen Landtags, der im Laufe des Jahres sogar den Entwurf einer vorläufigen Landesverfassung beraten und verabschiedet hatte.³⁴ Die Abgeordneten waren nicht gewählt, sondern nach einem Parteienproporz von der Britischen Besatzungsmacht ernannt worden. Die Aula diente als Ersatz des kriegszerstörten Landtagsgebäudes am Eiermarkt. In einer „melancholischen Schlusssitzung“ musste er das Aufgehen Braunschweigs in einem von der Besatzungsmacht bestimmten Land Niedersachsen erleben. Dem Zoologen, Gerhard von Frankenberg, noch dem letzten 1930 freigeählten Landtag als Abgeordneter der SPD angehörend, blieb nur der „Rückblick auf die Geschichte unseres Landes“, in dem es am Ende heißt: „Dennoch geht nun die Weltgeschichte über dies Land dahin, das so viele Jahrhunderte seine Selbständigkeit bewahrt hat. Wohl sah der Kundige schon lange, daß eine Neuordnung der deutschen Länder kommen werde. Aber wir hatten sie uns anders gewünscht! Wir hätten gern selbst entschieden, wären gern allmählich hineingewachsen in das größere Ganze, dem wir nun angehören sollen.“ Frankenberg schloss ganz auf der Linie des Schutz- und Trutzbundes „auf überparteilicher Grundlage“ von 1928 mit dem Bekenntnis „In unserem Herzen wird Braunschweig immer leben!“³⁵ Der langanhaltende überparteiliche Beifall war ihm sicher. Was selbst den zentralistisch und rational denkenden Nazis trotz ihrer Machtfülle gegen die Beharrlichkeit eines Klagges nicht gelungen war und an den dilatorischen Entscheiden Hitlers gescheitert ist, wurde im Sinne und auf Grundlage der Brüningschen Denkschriften mit einer bloßen Order der Besatzungsmacht vollzogen.

³³ In: Archiv für Landes- und Volkskunst Niedersachsens Nr. 17, März/April 1943, S. 179-230.

³⁴ Klaus Erich Pollmann (Hrsg.), Anfang und Ende zugleich. Der Braunschweigische Landtag 1946. Braunschweig 1999.

³⁵ Von Frankenberg in Pollmann 1999, S. 270.